

# Rat beschließt ein 17,9-Millionen-Euro-Paket

Bezirksregierung muss die Hagerer Vorschläge auf Herz und Nieren prüfen

Von Björn Josten



Hagen. Der Rat der Stadt Hagen schnürte gestern in seiner Sonder-sitzung ein Maßnahmenpaket in Höhe von fast 17,9 Millionen Euro. Damit ist die Zielgröße von rund 15 Millionen Euro für den Haushaltsanpassungsplan übererfüllt. Diesen Erfolg darf sich durchaus die Opposition von SPD, Grünen und Hagen Aktiv ans Revers heften, die sich mit ihren Alternativ-vorschlägen durchsetzte. Gerade mit dem Vorschlag, die Hagerer Entsorgungsbetriebe (HEB) in eine Anstalt Öffentlichen Rechts (AÖR) überführen zu wol-len, zwangen sie speziell die CDU zu einem verbalen Drahtseilakt. „Es gibt gute Argumente für diese Idee“, hob Stephan Ramrath (CDU) an. „Diesen Weg kann man in der Zukunft möglicherweise ge-hen, daher werden wir nicht mit Nein stimmen.“ Freilich unterließ es der Christdemokrat nicht, zu be-mängeln, dass die SPD diesen An-trag erst in letzter Sekunde publik gemacht hatte und mahnte „mehr Ehrlichkeit und Redlichkeit“ an.

**„Demokratie kostet Geld. Hier können wir keine Einschnitte hinnehmen.“**

Mark Krippner, SPD-Fraktionsvorsitzender.

Dehm (CDU) eine ganz neue Er-fahrung machen. Mit stoischer Ge-schlossenheit stimmten SPD, Grü-ne und Hagen Aktiv Punkt um Punkt gegen die von CDU und FDP unterstützten Vorschlägen der Ver-waltung: Reduzierung der Straßen-reinigungsintervalle (390 000 €), Schließung dezentraler Bürgeräm-ter in Elpe und Vorhalle, Kürzung der Zuschüsse für die freien Kultur-zentren, Sochtkostenreduzierung bei den Lehrmitteln (125 000 €), Zuschusskürzung bei den Senio-renbegegnungsstätten und einges-mehr.

Den zeitlich größten Teil der De-batte nahm der Vorschlag, die Kos-ten für den Politikbetrieb um fünf Prozent (150 000 €) zu reduzieren, ein. Geschlagene 20 Minuten de-battierten die Ratsleute, inwiefern derlei Einschnitte zu einer Be-schneidung der Demokratie füh-ren würde. Joachim Riechel, Frak-tionschef der Grünen, zeigte die Probleme gerade für die kleineren

Fraktionen auf, während sein Pen-dant bei der CDU, Wolfgang Rös-pel, ein mutiges Zeichen des Hau-pses einforderte: „Wir erwarten Ein-schnitte bei den anderen, dann müssen wir auch zu Einschnitten bei uns selbst bereit sein.“ Partei-freund Willi Strüver sprang ihm zur Seite: „Eine Kostenreduzie-rung von fünf Prozent als Unter-gang der Demokratie zu bezeich-nen, ist unangemessen.“ Claus Tittelmann (FDP) versuchte sich schneiseits in einer Zahlenjongle-rie, die die sinkende Einwohnerzah-ly in Relation zu den Ratsmandat-en stellen sollte.

**Keine Kalkulationsgebühren**

Beim Thema „Sportsstättennut-zungsgebühren herrsche eine sel-tene Einigkeit: Nahezu der kom-plette Rat lehnte diese Gebühr ab und möchte alternative Möglich-keiten in diesem Bereich prüfen lassen.

Was das 17,9-Millionen-Euro-Pa-



**„Ich appelliere dafür, ein mutiges Zeichen zu setzen.“**

Wolfgang Rös-pel, CDU-Fraktionsvor-sitzender zu den Einsparmaßnah-men im Politikbetrieb.

ket nun wirklich wert sein wird - ei-nige der beschlossenen Maßnah-men stehen unter dem Verdacht, le-diglich finanzielle „Luftnummern zu sein - muss die Bezirksregie-rung im Rahmen der Bewertung des Genehmigungsverfahrens ent-scheiden. „Wir dürfen der Diskus-sion im Rahmen des Genehmi-gungsverfahrens gespannt ent-gegen sehen“, schloss OB Dehm.

## Nach der Debatte wurde nachgefragt

Er Ingo Hentschel (Die Linke) machte gleich zu Beginn des Ab-stimmungsparlaments klar, dass seine Gruppe gegen alle Vor-schläge stimmen würde und blieb dieser Anklündigung treu.

Wie schwer es für die SPD an-dem Verfall der Sonder-sitzung zu knacken hätte, zeigte die Wortbeiträge unter dem Tages-ordnungspunkt: „Anfragen“ (Da-zurückgewiesen).

wollte keine Koalition (CDU/FDP) bilden, wieviel mehr Einsparung das Paket denn nun wirklich be-inhalten? Inwieweit sind die Stel-len im Rat zu besetzen? Wie viele parlamentarische Beratungen für die SPD und FDP an dem Verfall der Sonder-sitzung von 2007 bis zum Ende der Sitzung im Jahr 2008 (Beim Ab-stimmungsparlament) über den Tag wurde vom Rat als unwirksam zurückgewiesen?



Von Andreas Reitmayer

## Neinsager und Neid

Die Zahl des Abends war ges-tern im Ratssaal nicht die 15, eben jene Millionen, die es zusa-mmen zu sparen galt. Die Zahl des Abends ließ überwiegend 32.

Denn mit dieser durchschnittlichen Mehrheit demonstrieren SPD, Grü-ne, Bürger für Hagen, Hagen aktiv, die Linke und ab und an auch der parteilose Siegfried Festein unter-schiedlichen Färbungen, „klassim“ Schütterschluss der CDU/FDP-Ko-alition mit ihrem Oberbürgermeis-ter durchaus Paroli geboten werden kann. So würde vom Tisch getegt, was sozial und kulturell direkt bis auf den Bürger durchgeschlagen wäre. Versprechen konnten aber

nur eingelöst werden, weil sich die Neinsager auch Gedanken darüber gemacht hatten, wo denn das Geld herkommen soll, wenn die öffent-liche Toilette in Haspe ebenso wenig geschlossen wird, wie Begegnungs-zentren für Senioren, Sparvorschlä-ge die, erst in den letzten Tagen auf Papier gebracht, beim politi-schen Gegner so viel Neid hervor-rufen, dass nach einem kurzen Schmolzen auch gleich die Attacke gefahren wurde. Warum erst jetzt? Das sei doch undemokratisch. Man hätte doch gerne mitgearbeitet. Man würde ja nicht nein sagen, aber... Der politische Triumph sei der Opposition erst einmal ge-gönnt. Das „aber“ wird an anderer Stelle kommen. Nicht die erfolgrei-che Spar-sitzung sei die höchste Hürde, sondern das Genehmi-gungsverfahren, das in Amberg erst ansteht. Gab OB Dehm zu be-denken. Dort könnte der eine oder andere aus dem Hut gezaubert Sparvorschlag durchaus noch durchs Raster fallen.

## Sparpaket von 17,9 Millionen Euro auf den Weg gebracht

Hagen. Der Rat der Stadt Hagen schnürte gestern in seiner Sonder-sitzung ein Maßnahmenpaket in Höhe von fast 17,9 Millionen Euro. Damit ist die Zielgröße von rund 15 Millio-nen Euro für den Haushaltsanpassungsplan übererfüllt. Diesen Erfolg darf sich durchaus die Opposition von SPD, Grünen und Hagen Aktiv ans Revers heften, die sich mit ihren Alternativvorschlägen durchsetzte. Gerade mit dem Vorschlag, die Hagerer Entsorgungsbetriebe (HEB) in eine Anstalt Öffentlichen Rechts (AÖR) überführen zu wollen, zwan-gen sie speziell die CDU zu einem verbalen Drahtseilakt.



Mark Krippner, SPD Fraktionsvorsitzen-der in Hagerer Stadtrat. FOTO: KLEINRENSING.

# Hürde genommen: Rat spart weitere 17,9 Millionen

Politik will nur den eigenen Gürtel nicht enger schnallen

Von Martin Weiske

Hagen. Der Haushaltssicherungsplan steht: Die Stadt Hagen kann auf weitere 40,5 Millionen Euro aus dem Stärkungspakt der NRW-Landesregierung hoffen. Der Rat konnte sich gestern Abend in einer Sondersitzung zu weiteren Haushaltseinsparungen von 17,9 Millionen Euro durch-



**„Wir müssen die Ausgaben der Stadt an die Strukturveränderungen anpassen. Da gibt es keine Tabuthemen.“**

Wolfgang Röschel CDU-Fraktionschef

ringen, also sogar 2,9 Millionen Euro mehr als mindestens erforderlich. Dabei stammen die einzelnen Maßnahmen keineswegs ausschließlich aus dem Dehm'schen Sparpaket – von den Verwaltungsideen trug die Politik lediglich 11,8 Millionen Euro mit. Wesentliche Mosaiksteine lieferten am Ende Maßnahmen aus den Reihen von

SPD, Grünen sowie Hagen Aktiv. Allerdings konnte sich die Politik nicht dazu durchringen, durch Mandatsreduzierungen und Ausschusszusammenlegungen auch den eigenen Gürtel um fünf Prozent enger zu schnallen. Dabei hatte CDU-Fraktionschef Wolfgang Röschel ausdrücklich appelliert: „Wir bürden den Menschen höhere Abgaben, Steuern und Gebühren auf, reduzieren Leistungen und Standards. Da sollten wir auch selbst mit gutem Beispiel voran gehen“, forderte er ein klares Signal der Parteien. Doch die Mehrheit – allen voran die kleineren Fraktionen – wollten sich auf eine „Schwächung der demokratischen Repräsentanz und eine qualitative Gefährdung der politischen Arbeit“, so Grünen-Sprecher Jochen Riechel, nicht einlassen.

Dafür kommen Betten-, Sex- und höhere Grundsteuer oder auch höhere Gebühren beim Gewerbeamt, Straßenverkehrsamt und Rettungsdienst. Die Stadt trennt sich von weiteren Immobilien, das Historische Centrum zieht aus Elpe in eine städtische Immobilie und Lehrer müssen fürs Parken zahlen. Die Stadt stellt weniger Mittel für Veranstaltungen bereit, die Energie-Gruppe soll eine weitere Million an die Stadtkasse überweisen und die Eintrittspreise im Kunstquartier steigen.

Dafür bleibt das Lenniebad vorläufig unangetastet, die Straßenreinigung wird nicht weiter reduziert, Haspe behält seine WC-An-

lage und die Bürgerämter in Elpe und Vorhalle bleiben bestehen. Auch das Geld für Lernmittel (SPD-Chef Krippner: „Bildung schafft Chancengleichheit“) werden nicht angetastet.



**„In einer alternativen Gesellschaft sind dezentrale Einrichtungen wichtig – zumal wir das Busnetz immer weiter ausdünnen.“**

Jochen Riechel Fraktionsvorsitzender der Grünen

Richtungsweisende Konsequenzen wird die Umwandlung des Hagener Entsorgungsbetriebes von einer GmbH in eine Anstalt öffentlichen Rechts haben. Die dadurch einzusparende Umsatzsteuer (ca. 2 Mio. Euro) kommt zwar zunächst den Bürgern zugute, wird aber an anderer Stelle wieder abkassiert – beispielsweise durch ein weiteres Drehen an der Grundsteuer-schraube. Hier stehen die Entscheidungen aber noch aus.

KOMMENTAR Martin Weiske

## Neue Lust auf Politik



Es ist vollbracht – zumindest in der Papier gewordenen Theorie. Mit dem vom Hagener Rat verabschiedeten Haushaltssicherungsplan, der den Etat um weitere 17,9 Millionen Euro entlasten soll, scheinen die jährlichen 40,5 Millionen Euro des Landes aus dem Topf des Stärkungspaktes Stadtfinanzen zunächst einmal gesichert. Dass unter dem Strich jetzt sogar ein höherer Betrag greift als unbedingt erforderlich, schürt die Hoffnung, dass diese Minimalsumme selbst dann relativ verlässlich steht, wenn die beim Hochrechnen ermittelten Sparbeträge sich in der späteren Praxis als Luftnummern entpuppen.

Denn Unwägbarkeiten lauern bei der mittelfristigen Etatkalkulation an jeder Ecke. Gewerbesteuer-schwankungen, sich verändernde Zinsentwicklungen oder auch Neu-regelungen in der Zuschusskulisse von Land und Bund lassen eine auf Kante genähte Hagener Finanzplanung nur allzu schnell wieder aus sämtlichen Nähten platzen. So gesehen wird dies sicherlich nicht das letzte Sparpaket gewesen sein, das der Hagener Rat bis zum Auslaufen der Stärkungspakt-Arithmetik im Jahr 2020 zu beschließen hatte.

Bemerkenswert an den Beschlüssen erscheint jedoch, dass die Maßnahmen – im Gegensatz zum ersten Dehm'schen Sparpaket – diesmal keineswegs ausschließlich die Handschrift des Verwaltungschefs tragen und von den schwarz-gelben CDU/FDP-Koalitionären gegen eine zerstrittene Ratsmehrheit mit Leichtigkeit durchgestimmt wurden. Diesmal gelang es auch SPD und Grünen gemeinsam mit Hagen Aktiv, für eigene Vor-

schläge Mehrheiten zu schmieden die dem Oberbürgermeister zu dest in Teilen so gar nicht schrecken dürften. Dass beispielsweise der Hagener Entsorgungsbetrieb (HEB) zum Wirtschaftsbetrieb SPD ohnehin unfähig sei, politisch öffentlichen Rechts schlüssig soll, durchkreuzt die bisherige Dehm-Pläne diametral.

Die Zeit des lässigen Durchrens – geprägt von der Gewissheit dass eine hoffnungslos zerrüttete SPD ohnehin unfähig sei, politischen Widerstand zu gestalten scheint vorbei. Seit die Genossen sich selbst Friedfertigkeit verordnet und das interne Kriegsbeil erdiget haben, steigt nicht nur in sozialdemokratischen Reihen der die Lust auf konstruktive Politik. Auch Grüne und Hagen Aktiv spüren, dass sich eigene Ideen einem wieder verlässlichen SPD-Partner aussichtsreich umsetzen lassen. Denn eines sollte nicht vergessen werden: CDU und FDP verfügen einschließlich Oberbürgermeister über 25 Stimmen – bei insgesamt 58 Mandatsträgern les andere als eine komfortable Mehrheit.

Somit könnte das gestrige Schlüsselerlebnis, Zukunftspol auch einmal am Verwaltungsel vorbei gestalten und eigene Akzente setzen zu können, zu einer neuen Qualität von Hagener Kommunalpolitik führen. Das Votum zum Haushaltssicherungsplan dürfte zum Impuls für ein neues politisches Wir-Gefühl abseits als kritiklos-treu und vor allem Dehm-gläubig wahrgenommener CDU/FDP-Partner werden. Das tische Wirken wird für den Oberbürgermeister nach der Sommerpause sicherlich nicht einfach